



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

An die  
Medien

20.06.05

## Pressemitteilung

### **Prostitution aus Wohngebieten fernhalten – Stadt soll bei Betreiberkonzept an der Ravensberger Straße vermitteln**

„Alle Maßnahmen an der Ravensberger Straße müssen dazu führen, die Ausbreitung der Straßenprostitution in die umliegenden Wohngebiete zu verhindern. Deshalb soll die Stadt mit möglichen Investoren verhandeln und die Verfügbarkeit der Flächen sichern. Dabei ist der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Prostituierten Rechnung zu tragen“, begründen Reinhold Giese, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Daniela Schneckenburger (Bündnis 90/Die Grünen) den gemeinsamen Antrag ihrer beiden Fraktionen (siehe Anlage).

„Dabei ist wesentlich, dass die Stadt mit der Bahn verhandelt und auch die Verfügungsmöglichkeit über die Fläche sichert. Nur so kann sie mit einem potenziellen Betreiber über eine entsprechende Vertragsgestaltung die Maßstäbe festsetzen und kontrollieren, die zu einer Realisierung der genannten Ziele beitragen“, so Daniela Schneckenburger. „Und selbstverständlich gehen wir davon aus, dass die Verwaltung die Beschlusslage berücksichtigt, die besagt, dass die Stadt über die Fläche verfügen soll. Nur so kann ausgeschlossen werden, dass die Fläche an einen Investor verkauft wird, der seine gewinnwirtschaftlichen Interessen über die Prostitution realisiert und damit deren wirtschaftliche und soziale Lage verschlechtert.“

Der Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit hat den Antrag in seiner Sitzung am letzten Dienstag bereits beschlossen. Die Thematik steht am 21.06.05 auch auf der Tagesordnung des Ausschusses für öffentliche Ordnung. Dort werden die beiden Fraktionen den gemeinsamen Antrag nochmals bekräftigen.

„Eine gewisse Infrastruktur in der Ravensberger Straße aus Verrichtungsboxen, Kiosk und sanitären Anlage ist unumgänglich. Wir lehnen jedoch eine überdimensionierte Anordnung von Verrichtungsboxen ab.

Wir wollen die Ravensberger Straße nicht zur zweiten Linienstraße in Dortmund hochfunktionieren.“, so Reinhold Giese weiter. „Aber wenn wir eine Entlastung der Wohngebiete und ein Minimum mehr Sicherheit für die Prostituierten erreichen wollen, muss es ein entsprechend gestaltetes Flächenangebot vor Ort geben.“



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

Um die Möglichkeiten für die Optimierung des Standortes zu nutzen, wird eine verwaltungsinterne Projektgruppe eingerichtet. Die beiden Fraktionen erhoffen sich schnelle Arbeitserfolge dieser Projektgruppe und erwarten regelmäßige Berichterstattungen in den Fachausschüssen über die weitere Entwicklung an der Ravensberger Straße.

Den Vorwurf der FDP, der Antrag sei „reines Alibi“, weisen SPD und Grüne mit Entschiedenheit zurück. „Wir gehen davon aus, dass die Stadt einen angemessenen Preis erzielt und mit dem Betreiber zu einer entsprechenden Vereinbarung über die Nutzungsbedingungen kommt. Es ist ein ernsthaftes Anliegen, die Straßenprostitution in einem Rahmen stattfinden zu lassen, der die damit verbundenen Belästigungen von AnwohnerInnen minimiert. Wir gehen davon aus, dass die FDP diese Absicht mitträgt. Die Argumentation der CDU, die sich ausschließlich auf die Interessenlage der Männer richtet, ist indiskutabel und beschämend. Uns geht es jedenfalls wesentlich um eine Verbesserung der Situation der Frauen,“ so Reinhold Giese und Daniela Schneckenburger abschließend.